

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsbereich 500 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 1000 Mark, unter Eingeladene 1500 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeltweise Nebenblätter: Landtags-Befehle, Stellungnahmen der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskalverwaltung, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 125

Freitag, 1. Juni

1923

Seere Kombinationen.

Berlin, 1. Juni.
Die Blätter bezeichnen die in verschiedenen ausländischen Zeitungen erschienenen Mitteilungen über den Inhalt der neuen deutschen Reparationsnotale als letzte Kombinationen. Schon aus der Tatsache allein, daß die entscheidenden Beratungen über die Note erst zu Anfang der kommenden Woche stattfinden werden, geht hervor, daß Form und Inhalt der deutschen Antwort noch nicht feststeht.

Das kommentierte Garantieangebot.

Berlin, 1. Juni.
Der Reichsverband der deutschen Industrie (I.V.D.) hat sich veranlaßt, gestern vor Pressevertretern sein Angebot genauer anzulegen. Wie nachdrücklich wurde betont, daß die Denkschrift an den Reichstag lediglich ein Gutachten der Industrie, aber kein politisches Dokument darstelle. Die Industrie habe nur getan, was die politischen Parteien und die Gewerkschaften seit Jahr und Tag von ihr gefordert hätten: sich zu einer außerordentlichen Aufgabe bereit zu erklären; ob aus der Zustimmung oder dem Verzicht, bleibe einwilligen dahingestellt. Die Verantwortung der Frage, ob dieses Angebot von 200 Millionen Goldmark zur Befreiung des Ruhrgebiets auch erreicht werden könnte, wenn aus irgend welchen politischen Umständen heraus die Vorbedingungen, die das Angebot enthalte, nicht erfüllt würden, wolle man allerdings aus. Was die Industrie als Voraussetzung verlange, sei eine Intensivierung der gesamten deutschen Produktion; diese verlange sie ebenso von Arbeitgebern wie von Arbeitnehmern. Auch die Verkehrsinstitute des Reiches wolle man lebendig produktiv gehalten wissen; eine Übernahme durch die Privatwirtschaft könne überhaupt nicht in Frage, schon weil diese finanziell gar nicht dazu in der Lage wäre.

Die „Times“ ermuntern.

Berlin, 1. Juni.
Wahrgenommen: englische Zeitungen fordern am Donnerstag eine baldige Regelung der Reparationsfrage, die das Ziel der englischen Politik sei. Im gleichen Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Befreiung des Ruhrgebietes sich endgültig als schädlich für die wirtschaftlichen Interessen Englands herausgestellt habe und Angelegenheiten vorhanden sind, die sowohl Deutschland als Frankreich den Konflikt bereden wollen. Die „Times“ schreiben u. a.: Deutschland könne den Konflikt beilegen, indem es in klaren Worten ohne Einschränkung das in seiner letzten Note gemachte Angebot wiederhole, die Frage zur Entscheidung an einen internationalen Ausschuss von Sachverständigen zu überweisen. Uns scheint, daß diese Äußerungen offiziell beeinflusst sind und mit dem Kabinettswechsel in England in Zusammenhang gebracht werden müssen. Gewiß kann eine Regierung Zeitungskommentare nicht zur Grundlage ihrer Politik nehmen, aber dennoch glauben wir, daß die Reichsregierung schon auf Grund ihrer Informationen aus den Entente-Ländern Anlaß hat, die Äußerungen der „Times“ ernst zu nehmen und schnell ein Angebot zu machen, das sich auf den letzten Vorschlag stützt, jedoch in erster Linie in Bezug auf die Summe und die Garantieforderung wesentlich klarer ist und die rein politischen Fragen vorläufig in den Hintergrund stellt.

Für Mussolinis Programm.

Rom, 31. Mai.
„Idea National“ fordert die italienische Presse auf, das Programm Mussolinis ernst zu empfinden. Zwar sei es gänzlich unpolitisch, weil es nur wirtschaftliche Gesichtspunkte enthalte. Aber es sei allein geeignet, die so hart politische Reparationsfrage zu lösen. Frankreich drohe mit der Ergreifung härtester Maßnahmen gegen Deutschland. Aber was könne es mehr tun, als Zeugnisse erbringen? Belgien solle ebenfalls seine Forderungen an Deutschland zurück-

Was England anbetrifft, so sehe es dem Standpunkt Mussolinis nahe. Auch Deutschland habe endlich die Notwendigkeit zu zahlen anerkannt.

Rückfall in das Barbarentum.

Jernand Suiffons Kammerrede.
Paris, 31. Mai.
Wie es nicht anders zu erwarten war, hat die große Mehrheit der Kammer durch die Bewilligung der Kreditschneide Poincarés Pflanzungsgesetze. Zu den wenigen, die sich in Opposition zu ihm stellten, gehörte der radikalsozialistische Abgeordnete Jernand Suiffon, der in einer kühnen Rede seine Ablehnung des Vertrauensvotums für die Regierung begründete. Nach dem „Journal officiel“ sagte er: Die Regierung verlangt von uns nicht nur, daß wir die Rollen der Reparation bezahlen sollen, sondern sie fordert auch, daß wir ihre Politik billigen sollen. Die radikalsozialistische Partei hat wiederholt erklärt, daß sie die Verantwortung für diese Politik nicht übernehmen kann, und ich für meine Person wünsche dieser Überzeugung treu zu bleiben. Wir haben die Politik der Regierung am 11. Januar abgelehnt, als es sich nur darum handelte, Pflanzung für eine sehr berechnete Forderung in Beschlag zu nehmen. Wir müssen diese Politik heute also noch energischer ablehnen, nachdem wir erfahren haben, daß eine lange und feste Besetzung geplant wird, die

Ludendorffs Feldherrngenie.

Eine notwendige Korrektur.

Die Angriffe der „Münchener Post“ auf Ludendorff sind dem Leitgedanken des ehemaligen Generalstabschefen, den M. R. R., sehr auf die Nerven gefallen. Um von dem nationalen Popanz Ludendorff trotzdem zu retten, was zu retten ist, fingen sie zu Ehren ihres Helden einen neuen Hymnus an. Ein leidenschaftlicher Amerikaner marschiert auf und schreibt den M. R. R.: „Was wäre ein solcher Mann für immer unerschütterlich und ein Vorbild für unsere nationale Ehre?“ Wir meinen, so sagt hierzu die „Münchener Post“ sehr richtig, der Amerikaner läte besser daran, zu Hause gemäß den 14 Punkten des Herrn Wilson Propaganda zu treiben, statt bei uns den nationalen Schulmeister zu spielen.

An diese amerikanische Entladung hängt der militärische Sachverständige der M. R. R. seine Betrachtungen an. Die unerblichen militärischen Verdienste Ludendorffs müssen nun herhalten, nachdem der politische Ludendorff seinen Kredit verlor. Ludendorff sei ein wichtigster genialer Organisator gewesen. Das ist ein glatter Schwindel. Der Grundgedanke der organisierten Weltanschauung des Herrn Ludendorff war ein gerader verkehrter Klaustrum, hinter dem ja immer die Pleite steht. Auch organisatorisch kann Ludendorff kein bewährtes, planmäßiges, vorausschauendes Handeln, sondern nur Sabotage spielen. Sogar ein Helferlich zerschmetterte das sogenannte Hindenburg-Programm nach Ertz und Tuden. Was der naive General v. Kuhl in seiner Gegenschicht gegen Kämpfer nach dieser Richtung als Entlastung ansieht, ist in Wirklichkeit höchst Belastung. Kuhl schreibt:

Bereits im Jahre 1917 hatte sich herausgestellt, daß die im Hindenburg-Programm geforderte Heranziehung von 3000 Feldherrngenie: geschäften im Voraus zu hoch war, sobald neues Feldgerät gleich über den Kopf hinweg. Die Oberste Heeresleitung setzte daher ihre Forderung allmählich herunter und verlangte im März 1918 725 Geschütze im Monat. Da die Beschaffung der Fertigung aber erst allmählich wirksam werden konnte, betrug die Fertigung tatsächlich im März noch 237, in den folgenden Monaten ungefähr ebenfalls und sank erst im Juli auf 189, im August auf 126, im September auf 115 Feldgeschütze. Der Rückgang der Fertigung Material war allein bei den Feldgeschützen ein so enormer, daß die von der Entente beim Waffenstillstand verlangten 2500 Feldgeschütze in wenigen Tagen abgegeben werden konnten, ohne die Bestände der Feldarmee im geringsten anzugreifen.

Son Otonomie der Kräfte also keine Spur! Aber diese organisatorische, vollkommen hirnlose Großmannsjagd, die von der obersten Spitze befunden, auch die unteren Stellen angeordnet haben muß, läßt sich in dieses Buch schreiben, mit dessen Gewicht der Organisator Ludendorff restlos totgeschlagen werden könnte.

Daß Ludendorff, wie der militärische Kritiker der „Münchener Post“ nachdrücklich weiter behauptet, 1918, als unser Schicksal sich entschied, mit der vollen Verantwortung als Oberster Operationsabteilung für die Durchführung der allgerneinen Wehrpflicht eintrat, die nur noch auf dem Papier bestand“, behauptet Luden-

dorff zwar selber, aber den Beweis dafür bleibt er schuldig. Für die jähelsten drei Armeekorps, mit denen man angeblich den Krieg gewonnen hätte, wenn der Reichstag sie nicht verweigert hätte — was Militärsachverständige, wie General v. François, als Unsinns nachweisen — findet sich in Ludendorffs Dokumentenband erst recht kein Beleg.

Aber Tannenbergs! Um den eigentlichen Grundgedanken von Tannenbergs freiten sich heute schon ebensoviel Generale als feinergeit Säbde um die Vaterstadt Homers. Uns (der „Münchener Post“) liegt die schärfste Äußerung eines aus dem Weltkrieg sehr bekannten Generals vor, der mündlich sagt, daß „der Anteil, den Hindenburg an Anlage oder Durchführung irgendeiner Schlacht gehabt habe, bekanntlich gleich Null gewesen sei“. Das Reichsarchiv hat aus der Feder eines Oberstleutnants Eron als Ludendorffs Leistung berichtet, daß die Mittel zur Frühjahrsoffensive bereitgestellt wurden. Weich West, sie sind bereitgestellt worden, aber sie sind auch, der oben datierten Grotmannsjagd entsprechend, vergeudet worden.

Nachdem Ludendorff und seine Trabanten die Kraft zur Einsicht nicht aufbringen, daß er mehr als ein guter Durchschnittsgeneral (un von general ordinaire) nie gewesen ist, muß es ihnen ins Gesicht gesagt werden. Wir glauben nicht einmal an den „Durchschnittsgeneral“. Man bezeichnet ihn als den „genialen Erfürmer von Lüttich“. Man wird es später einmal als einen merkwürdigen Treppenhof der Weltgeschichte bezeichnen, daß derjenige Mann, der in Friedenszeiten schon die beschämteste Wegnahme von Lüttich, wenn auch vielleicht nicht ausloste, so doch bearbeitete (Ludendorff), an der „Erfürmung“ zwar auch beteiligt wurde, zum „Kuhm“ aber kam wie der Pontius ins Credo. Ludendorff hat tatsächlich (weil zufällig anwesen d) für einen gefallenen Brigadegeneral das Kommando übernommen (was selbstverständlich war). Den wesentlichen Teil von Lüttich (nämlich die unerschöpflichen Maasbrücken) hat aber (am 7. August) nicht er in Beschlag genommen, sondern ein Jägerkompanie, die er, nach kundenlangem Kämpfen, muntereiselallein vorstieß. Noch am 7. August verließ Ludendorff wieder die Stadt. Die Rückkehr nach Lüttich am 8. August gelingt ihm nicht mehr. Unterm 8. August aber notiert sein Vorgesetzter, der Generalfeldmarschall v. B. L. o. w.: „Was hernach die Lage vor Lüttich schon wenig günstig, so erschien sie äußerst bedrohlich durch die Meldung, die General Ludendorff persönlich mir bei meinem Eintreffen in Lüttich abgabte. Danach war es General Ludendorff am 8. August vormittags nicht mehr gelungen, nach Lüttich einzudringen. Jede Verbindung mit General v. Emmich sei unterbrochen, und der General müsse annehmen, daß die belgische Besatzung, unterstützt durch französische Kräfte, in Lüttich wieder eingebrungen sei und die deutschen Truppen wieder ausgehoben hätte.“

Wanz Ludendorff: „Dummeloch jauchzend, zu Tode betrübt!“ So sieht die Weltgeschichte aus! Wenn aber endlich einmal Ludendorffs militärische Bedeutung auf ihr richtiges Maß zurückgeführt sein wird, dann wird auch seine politische Betriebsamkeit gebührend sein.

durch Androhung neuer Zwangsmaßnahmen unterläßt werden soll. Der Kriegsminister hat vor kurzem erklärt, daß wir das Ruhrgebiet besetzt haben, weil der Vertrag von Versailles uns die nötigen Garantien und Sicherheiten nicht gegeben hat. Diese Worte können wir nicht unterschreiben; denn sie enthalten das Zugeständnis, daß Frankreich durch Waffengewalt Garantien erzwingen will, die es vertragsmäßig nicht besitzt. Da eine andere Art des Protestes nicht in unserer Macht steht, wollen wir wenigstens durch unser Wort beweisen, daß wir mit dieser Anschauung nicht einverstanden sind.

Es ist ein politischer Widerspruch, wenn unsere Regierung jetzt behaupten will, daß es nur ein Mittel zum Schutz unserer Rechte gibt: die Ergreifung durch Militärgewalt. Das ist ein Rückfall in alte, längst abgetane Barbarente, nach dem der Schuldner mit Leib und Gut dem Gläubiger verfiel. Der Vertrag von Versailles beginnt mit der feierlichen Erklärung, daß ein ganz anderes Recht im Versteck der Völker forsan gelten solle.“

Wir verweigern nicht die nationalen Empfindungen, aber wir können und wollen ebensowenig verleugnen, daß wir Republikaner sind und wie Republikaner zu handeln wünschen. Weil die Mehrheit der Kammer zwischen diesen Grundfragen einen Abgrund ausgetastet hat, treibt sie Frankreich zur Isolierung in der Welt. Es ist aber eine Illusion, und ein Wahnsinn, heute ein Friedensideal zu verwerfen, dem die Völker entgegenstehen: Das Ideal eines Friedens der Gerechtigkeit. Wer sich vorstellt, daß er diese Entwidlung aufhalten kann, wenn er die nationalen Erbenschancen erhöht und den falschen Haß unter den Völkern auf neue belebt, der bereitet den Ausbruch eines Krieges vor, in dem diesmal Zivilisation und Menschheit untergehen müßten. Weil ich dieser Überzeugung bin, verweigere ich der Regierung mein Vertrauen für die von ihr bezugte Politik. Ich hoffe, daß die Regierung selbst bald zu der Einsicht kommen wird, daß nur auf dem hier gewiesenen Wege der Frieden zu finden ist.

Gerriots Programm.

Paris, 31. Mai.
In der „Information“ teilt Gerriot das Programm der Radikalen mit, dessen Annahme er von der Regierung erhofft. Er teilt es mit einem Appell an die Regierung ein, in dem es heißt: Die große Mehrheit des Landes sei sich über die Notwendigkeit einig, Zahlungen von Deutschland zu erhalten. In einer Situation, die ganz Deutschland zu einer Einheitstendenz und positivem Widerstand zusammenbringe, dürfe Frankreich sich nicht spalten. Ein Erfolg der Reparation wäre jetzt ein Unglück. Diese Überlegung müsse jeden inneren Streit begrenzen. Das Programm enthält folgende drei Punkte: 1. Die Verhandlungen mit England müssen sofort begonnen und energisch weitergeführt werden, um die Einigkeit der Alliierten wieder zu erreichen; 2. Frankreich muß eine „deutsche Politik“ haben, d. h. die Regierung dürfe nicht ganz Deutschland gegen sich in Empfindungen des Hasses vereinen; die junge und weiche deutsche Demokratie muß gestützt werden, damit sie begreifen lerne, daß Frankreich ihr helfen werde, dem Militarismus Widerstand zu leisten, wenn die deutsche Demokratie dazu beitrage, den Kapitalismus zur Erfüllung der französischen Reparationsforderungen zu zwingen; 3. wenn eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht ist, soll dem Völkerbunde das dauernde Schiedsgericht zwischen den beiden Völkern übertragen werden.

Glasenapp über den Milliardenraub.

Berlin, 31. Mai.
Vor Vertretern der Presse machte der Vizepräsident der Reichsbank v. Glasenapp heute längere Mitteilungen über das Vorgehen der Franzosen gegen die Reichsbank in den besetzten Gebieten. Über den Milliardenraub bei der Reichsbank in Offen teilte v. Glasenapp mit, die Reichsbankstelle in Offen benötigte hier